

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der FDP

#### **Elektromobilität im Berliner Fuhrpark einsetzen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, künftig die Nutzung von Elektromobilität zu ermöglichen und zu fördern.

Dazu sollen insbesondere folgende Maßnahmen geprüft werden:

- Berücksichtigung von Elektroautos bei den Beschaffungskriterien des Landes Berlin sowie in der Liste der möglichen Dienstwagen
- Teilnahme an Erprobungsprojekten zur Elektromobilität
- Umstellung eines erheblichen Teils des Fuhrparks auf Elektromobilität
- Prüfung von Car-Sharing Elektroauto-Lösungen als Angebot für die Dienststellen, die keine Dienstfahrzeuge im regelmäßigen Einsatz benötigen.

Bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge für die Beteiligungsgesellschaften des Landes Berlin wird der Senat aufgefordert, in seiner Funktion im Aufsichtsrat verstärkt darauf zu achten, dass das günstigste Angebot im Sinne der gesamten Lebenszykluskosten eines Fahrzeuges ausgewählt wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. März 2009 über die Umsetzungsmöglichkeiten und die vom Senat ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

#### *Begründung:*

Wie die aktuellen Informationen der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz zeigen, gibt es immer noch einen hohen Anteil von Fahrzeugen bei den Berliner Fuhrparks, die den aktuellen Anforderungen an umweltfreundliche Antriebssysteme nicht entsprechen. So erfüllen schon heute 10% der Personenkraftwagen, 41% der leichten Nutzfahrzeuge und 65

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

der schweren Nutzfahrzeuge die Anforderungen der 35. Durchführungsverordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (35.BImSchV) nicht und ab 2010 werden es sogar 28% der Personenkraftwagen, 69% der leichten Nutzfahrzeugen und 99% der schweren Nutzfahrzeuge sein. Ähnlich schwierig sieht es bei der Einhaltung der Emissionsstandards bei Lärm aus.

Die bald verfügbaren Elektroautos bieten dahingegen eine echte Alternative für den innerstädtischen Verkehr. Sie sind lärmärmer als herkömmliche Antriebssysteme und haben einen wesentlich geringeren Energieverbrauch über die gesamte Energiekette als herkömmliche Verbrennungsmotoren. Die im Verhältnis geringere Reichweite spielt dabei bei den öffentlichen Fuhrparks keine Rolle, da selten wirklich längere Distanzen gefahren werden müssen. Somit bieten sich Elektrofahrzeuge als echte Alternative für die städtischen Fuhrparks an.

In den zurzeit stattfindenden Erprobungsprojekten kann der Senat sich als idealer Tester an der Entwicklung und Erprobung beteiligen und langfristig einen Umstellung der Fuhrparks vorantreiben. Dabei gilt es auf der einen Seite, ein attraktives und umweltfreundliches Angebot für die unterschiedlichen Dienststellen zu beschaffen und auf der anderen Seite die Fuhrparks auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Insbesondere bei den Dienststellen, die keine Fahrzeuge im regelmäßigen Einsatz benötigen, soll Elektromobilität mit Hilfe von Car-Sharing-Lösungen angeboten werden.

Zusätzlich soll der Senat seine Rolle in den Aufsichtsräten der Beteiligungsgesellschaften wahrnehmen, dass insbesondere Fahrzeuge mit niedrigen Lebenszykluskosten beschafft werden. Dies begünstigt gerade die Beschaffung von Elektroautos, die einen niedrigen Energieverbrauch über die gesamte Energiekette gesehen haben. Dies gilt insbesondere für die Beteiligungsgesellschaften, die wie die BVG einen großen Fuhrpark unterhalten.

Berlin, den 07. Oktober 2008

Lindner Schmidt von Lüdeke  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP